

Vorschau Herbstsession 2024

9. – 27. September 2024

Übersicht

In der Herbstsession debattiert das Parlament zwei zentrale Vorlagen für HotellerieSuisse:

Der Vorstoss zur dauerhaften Verankerung des MWST-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen (24.3635) sichert die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Hotellerie im internationalen Vergleich und schafft langfristige Planungssicherheit für die Branche. Dies stärkt den Tourismus als wichtigen Wirtschaftszweig und unterstützt die Wertschöpfung, insbesondere in strukturschwachen Regionen. Ausserdem fordert der Verband eine Erhöhung des Zahlungsrahmens für die Berufsbildung im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (BFI-Botschaft, 24.031). Steigende Lernendenzahlen und neue Herausforderungen wie die Digitalisierung erfordern eine angemessene Investition in das arbeitsmarktbezogene Know-how der Zukunft.

	Beide Räte		Empfehlung
24.3635 24.3624	11.09.24 SR 16.09.24 NR	MWST-Sondersatz. Planungssicherheit für den Tourismus	Annahme
	Nationalrat		Empfehlung
23.478	11.09.24	Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2026	Annahme
24.027	11.09.24	Kulturbotschaft 2025–2028	Annahme mit Anpassungen
24.026	16.09.24	«Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)». Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung)	Annahme
23.072	26.09.24	Movetiagesetz	Ablehnung
	Ständerat		Empfehlung
19.409	09.09.24	Kein "David gegen Goliath" beim Verbandsbeschwerderecht	Annahme
24.021	09.09.24	«Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)». Volksinitiative	Ablehnung
24.031	12.09.24	Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (BFI-Botschaft 2025–2028)	Annahme mit Anpassungen
23.051	17.09.24	Energiegesetz. Änderung (Beschleunigungserlass)	Annahme
24.3521	23.09.24	Missbräuchliche, unternehmensschädigende Onlinebewertungen unterbinden!	Annahme

Beide Räte

24.3635 MWST-Sondersatz. Planungssicherheit für den Tourismus (SR, Mittwoch, 11.09.24)

24.3624 MWST-Sondersatz. Planungssicherheit für den Tourismus (NR, Montag, 16.09.24)

Stand der Beratungen: eingereicht (Erstrat)

[HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlagen zur Annahme.](#)

Der Vorstoss zur dauerhaften Verankerung des MWST-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen im Gesetz sollte angenommen werden, da er der Hotellerie und dem gesamten Tourismussektor in der Schweiz dringend benötigte Planungssicherheit bietet. Der Sondersatz berücksichtigt den Exportcharakter der Branche, was insbesondere für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Hotellerie von zentraler Bedeutung ist. Da etwa 55 Prozent der Übernachtungen von ausländischen Gästen stammen, hilft der Sondersatz, die Preissensibilität dieser Gäste zu adressieren und die Schweiz im globalen Wettbewerb attraktiv zu halten. Zudem trägt der Sondersatz zur finanziellen Stabilität und Wertschöpfung in oft wirtschaftlich schwächeren, abgelegenen Regionen bei, was viele Branchen und Menschen positiv beeinflusst.

Nationalrat

23.478 Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2026 (Mittwoch, 11.09.24)

Stand der Beratungen: Beratung in Kommission des Nationalrates abgeschlossen (Zweitrat)

[HotellerieSuisse empfiehlt die Annahme des Antrags der vorbereitenden Kommission.](#)

Die Verlängerung stellt sicher, dass die Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung weiter verfügbar sind, während das Parlament eine permanente Lösung für die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung berät. Sie sorgt damit im Rahmen einer übersichtlichen Frist für eine wichtige Überbrückung auf dem Weg zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

24.027 Kulturbotschaft 2025-2028 (Mittwoch, 11.09.24)

Stand der Beratungen: In Kommission des Nationalrats (Zweitrat)

[HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur Ablehnung.](#)

HotellerieSuisse lehnt insbesondere den Begriff der Baukultur, wie er in der Botschaft beschrieben wird, ab. Dieser äusserst schwammige Begriff lässt zu viel Interpretationsspielraum offen. Zudem sollte Baukultur, wie gemeinhin Gesetze den Bau- und Denkmalschutz betreffend, auf Kantons- und Gemeindeebene geregelt werden. Diese Ebenen sind besser mit den lokalen Gegebenheiten vertraut. Mit der Einführung dieser Gesetzesbestimmung würden zudem die bereits heute komplizierten und langwierigen Verfahren bei Baubewilligungen weiter erschwert, da potenziell noch ein Akteur hinzukommt. Schliesslich wird mit der Änderung des NHG der parlamentarische Willen komplett missachtet. Im März 2023 hatte der Ständerat die Motion 22.3892, welche eine gesetzliche Verankerung der Baukultur forderte, abgelehnt und festgehalten, dass er keine diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen im Rahmen der Kulturbotschaft 2025–2028 wünscht. Aus den genannten Gründen empfiehlt HotellerieSuisse dem Antrag der Kommissionsminderheit zu folgen und nicht auf den Entwurf 2 der Kulturbotschaft 2025-2028 einzutreten. Falls auf den Entwurf 2 über

das Bundesgesetz über Natur- und Heimatschutz eingetreten wird, empfehlen wir die von der Kommissionsmehrheit angebrachten Anpassungen zu übernehmen.

24.026 «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)». Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung) (Montag, 16.09.24)

Stand der Beratungen: In Kommission des Nationalrats (Erstrat)

[HotellerieSuisse empfiehlt sowohl die Initiative als auch den indirekten Gegenvorschlag zur Annahme.](#)

Die Beherbergungsbranche unterstützt die Individualbesteuerung im Grundsatz, weil sie die Erwerbsanreize der Zweitverdienenden verbessert. Die überproportionale Besteuerung des Zweiteinkommens (sogenannte Heiratsstrafe) fällt mit der Individualbesteuerung weg und die momentan bestehende Ungleichbehandlung von verheirateten und unverheirateten Personen wird endlich beseitigt. In Zeiten von grossem Fachkräftemangel in der Beherbergungsbranche sind Massnahmen, welche positive Beschäftigungseffekte haben, zu befürworten. Die Anreize für Erwerbstätigkeiten steigen, was fördernd für die Wirtschaft und die Beherbergungsbranche mit einem speziell hohen Mangel an Fachkräften ist. Gemäss Bundesamt für Statistik sollen vor allem gut ausgebildete Frauen als potenziell Zweitverdienende einen stärkeren Anreiz haben, ihre Erwerbstätigkeit zu erhöhen. Dadurch wird die Gleichstellung von Frau und Mann gestärkt. Die Einführung der Individualbesteuerung wird aller Voraussicht nach den Fachkräftemangel lindern, auch in der Beherbergungsbranche, weshalb HotellerieSuisse diese unterstützt.

23.072 Movetiagesetz (Donnerstag, 26.09.24)

Stand der Beratungen: In Kommission des Nationalrats (Zweitrat)

[HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur Ablehnung.](#)

Die Stiftung Movetia leistet durch die Förderung von Austausch und Mobilität einen wertvollen Beitrag zu Bildung und Gesellschaft. Ihre jetzige Organisationsform hat sich als tauglich erwiesen. Die einmaligen und wiederkehrenden Kosten einer Umformung zu einer öffentlich-rechtlichen Anstalt des Bundes erscheinen unverhältnismässig im Vergleich zum Nutzen einer grösseren Annäherung an die Corporate Governance Prinzipien des Bundes.

Ständerat

19.409 Kein "David gegen Goliath" beim Verbandsbeschwerderecht (Montag, 09.09.24)

Stand der Beratungen: In Kommission des Ständerats (Zweitrat)

[HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur Annahme.](#)

Das im Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) verankerte Beschwerderecht für gesamtschweizerische Schutzorganisationen soll moderat eingeschränkt werden: Wohnbauten unter 400 Quadratmetern Geschossfläche sollen grundsätzlich nicht mehr unter das Verbandsbeschwerderecht fallen. HotellerieSuisse unterstützt diese Anpassung, da sie weniger Hindernisse für den Bau von Privatwohnungen mit sich bringt und gleichzeitig das Beschwerderecht von Umweltschutzorganisationen für sogenannte sensible Standorte bewahrt.

24.021 «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)». Volksinitiative (Montag, 09.09.24)

Stand der Beratungen: In Kommission des Ständerats (Zweitrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur **Ablehnung**.

Die Initiative möchte, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten in der Schweiz nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Die Massnahmen, welche die Schweiz treffen müsste, hätten weitreichende wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen sowie zusätzliche Vollzugskosten. Der angestrebte Zeitraum zur Erfüllung der Auflagen ist zu kurz. Der Bundesrat möchte stattdessen auf bestehende Bestimmungen setzen und bereits beschlossene Projekte zum Schutz des Planeten fortführen. Auch HotellerieSuisse lehnt die Initiative ab und unterstützt die Position des Bundesrats, dass es keinen Gegenvorschlag braucht. Die vorgeschlagene Initiative ist unrealistisch und würde den Schweizer Wohlstand gefährden. Stattdessen müssen bereits beschlossene ehrgeizige Ziele umgesetzt werden, darunter eine breit akzeptierte Klima- und Umweltpolitik sowie eine transparente Messung des Fussabdrucks unter Berücksichtigung ganzheitlicher Nachhaltigkeit.

24.031 Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (BFI-Botschaft 2025–2028) (Donnerstag, 12.09.24)

Stand der Beratungen: In Kommission des Ständerats (Zweitrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur **Annahme mit Anpassungen**.

Die für die Bekämpfung des Fachkräftemangels unverzichtbare Berufsbildung muss fit bleiben für die Zukunft. Stark steigende Lernendenzahlen, die fortschreitende Digitalisierung und der gesellschaftliche Wandel werden sie in den kommenden Jahren fordern. Das aktuell vorgesehene Mittelwachstum von 1.6 Prozent wird dieser Ausgangslage nicht gerecht. Ein Leistungsabbau käme Wirtschaft und Gesellschaft längerfristig teuer zu stehen und ist daher unbedingt zu vermeiden. Die vom Nationalrat vorgesehene Erhöhung des Zahlungsrahmens für die Berufsbildung (Entwurf 1) stellt eine dringend erforderliche Verbesserung dar.

23.051 Energiesgesetz. Änderung (Beschleunigungserlass) (Dienstag, 17.09.24)

Stand der Beratungen: In Kommission des Ständerats (Zweitrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur **Annahme**.

Die aktuellen Planungs-, Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren können zu erheblichen Verzögerungen bei Projekten führen. Um den notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien zügig voranzutreiben, sollen diese Verfahren vereinfacht und insbesondere beschleunigt werden. Der Bundesrat will so die Rahmenbedingungen für einen raschen Ausbau von Produktionsanlagen für erneuerbare Energien sowie für Übertragungsleitungen schaffen. Insgesamt zielt die Vorlage auf die richtigen Hebel ab, um die Verfahren für erneuerbare Energien zu beschleunigen. Durch das neue kantonale Plangenehmigungsverfahren und die Beschränkung der Beschwerdemöglichkeiten auf zwei Instanzen werden die Bewilligungsverfahren voraussichtlich deutlich verkürzt.

**24.3521 Missbräuchliche, unternehmensschädigende Onlinebewertungen unterbinden!
(Montag, 23.09.24)**

Stand der Beratungen: eingereicht (Erstrat)

HotellerieSuisse empfiehlt die Vorlage zur **Annahme**.

Der Vorstoss verlangt eine Prüfung durch den Bund, ob und welche gesetzlichen Massnahmen ergriffen werden können, um Unternehmen vor falschen, irreführenden oder verletzenden Onlinebewertungen besser zu schützen. Hierbei soll auch abgeklärt werden, wie die Beweislast in Bezug auf die Richtigkeit von Onlinebewertungen, die Verantwortlichkeiten der Onlinebewertungsplattformen und Sanktionierungen effektiv zu regeln sind.

Online-Bewertungen sind für Schweizer Hoteliers Fluch und Segen. Im internationalen Wettbewerb sind sie stark abhängig von Online-Plattformen, der Missbrauch durch anonyme Bewertungen nimmt jedoch stetig zu. Ob gerechtfertigt oder nicht, wurde einmal eine schlechte Bewertung erfasst, ist es fast unmöglich, diese auf den entsprechenden Plattformen zu löschen - auch wenn der Mangel oder ähnliches längst behoben wurde. Nebst dem Tagesgeschäft auch noch gegen geschäftsschädigende internationale Online-Plattformen vorzugehen, ist für Schweizer Hoteliers ein Ding der Unmöglichkeit.

Das Postulat geht insofern den richtigen Weg. Ein prüfender Blick in die Praxis anderer Länder, insbesondere der EU, kann Klarheit schaffen über die gesetzgeberischen Möglichkeiten im Kampf gegen missbräuchliche Online-Bewertungen.